

Schuhmacher-Fachblatt

Erste der Woche.
Dann kommt der 2. März

Organ der deutschen Schuhmacher

Erste der Woche. — Abonnementspreis: pro Quartal durch die Expedition der Kreuzband bezogen 1,10 Mk., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Auch zu beziehen durch die Expedition in Götting. Kreuzbandsendungen innerhalb Deutschlands und nach Österreich kosten 4 Exemplare à 1 Mk. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare à 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplare à 1 Mk. 80 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare à 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in des Verlags-Preisliste unter Nr. 6840 — Inserate werden mit 25 Pf. die dreizehnpennige Zeile oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 33 1/2 Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 5

Götting, 2. Februar

1902

Die Sozialdemokratische Nothstandsinterpellation vor dem Reichstage.

An mehreren Tagen beschäftigte sich der Reichstag mit der Besprechung der zur Zeit in Deutschland herrschenden ausgedehnten Arbeitslosigkeit und mit ihren bedauerlichen Begleiterscheinungen aller Art. Die Debatten erreichten mehrfach eine dem wichtigen Gegenstande entsprechende Höhe; nämlich war dagegen die Beteiligung der bürgerlichen Abgeordneten an diesen Sitzungen, wodurch sie mit der That bewiesen, welche Bewandnis es mit ihrer Verlässlichkeit angepriesenen Arbeiterfreundlichkeit hat. So, wenn es sich um Viesesagen für die Agrarier, um Reaktionsstreiche gegen die Arbeiter handelt, da sind die Konservativen wie die Nationalliberalen, die Ultramontanen wie die Antisemiten zahlreich zur Stelle, um die Volksinteressen zu verraten.

Die sozialdemokratische Interpellation lautete: „Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krise, die sich in Betriebseinschränkungen, Lohnkürzungen u. dergleichen in Arbeiterentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen Nothstand weiter Volksschichten entgegenzuwirken?“ Begründet wurde die Interpellation von unserm Genossen Zubeil. Berlin in einer sehr eingehenden und wirksamen Rede. Er ging von der bestehenden Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit und ihrem außerordentlichen Nothstand aus und zeigte an einigen Beispielen, wie sie von amtlicher Seite behandelt werden. In Halle a. S. fand unter der Leitung des früheren Ministers „für Sozialpolitik“ und jetzigen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Herrn v. Bötticher, eine „Arbeitslosen“-Konferenz ohne Arbeiter und ohne Arbeitslose statt, in der nichts von Noth entdeckt, sondern alles wohl bestellt befunden wurde. Der dabei mitwirkende Oberbürgermeister von Halle beschimpfte noch die Arbeitslosen, indem er behauptete, daß von den angemeldeten 2000 Arbeitslosen sicher 1500 „Pennbrüder“, d. h. Arbeitslose, seien. In Frankfurt a. M. wo ebenfalls tausende von Arbeitslosen vorhanden sind, bewilligten die bürgerlichen Vertreter in den Behörden die winigste Summe von 79 000 Mk. für Nothstandsarbeiten und die Polizei gab den Arbeitslosen ohne jeden Anlaß den kalten Stahl und den Gummischlauch zu kosten. In Berlin hat die Arbeitslosigkeit eine ungeheure Ausdehnung er-

langt, sodaß sich die Metallindustriellen direkt an die Regierung um Anträge wandten, damit sie ihre Arbeiter beschäftigen könnten und sie nicht entlassen müßten. Recht wirksam und sehr am Plage war die Gegenüberstellung der Haltung der Regierung gegenüber den Arbeitslosen und derjenigen gegenüber der „Nothlage der Agrarier“. Während bezüglich der Arbeitslosen das Vorhandensein eines Nothstandes bestritten wird, ist die Regierung in Bezug auf die Landwirtschaft immer bereit, von einer Nothlage zu reden und kräftige Hilfe zu gewähren; auch bei Missernten wird sofort eingeschritten. Jetzt aber, wo Hunderttausende von Arbeiterfamilien in einer Nothlage sind, rührt sich die Regierung nicht. Nun verlangen wir, daß das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden außerordentliche Mittel flüssig machen und Nothstandsarbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen ausführen lassen. Sie sind immer bereit, Hundertmillionen Anleihen zu unproduktiven Zwecken zu bewilligen, nun sind auch wir bereit, hundert Millionen zu bewilligen zur Beseitigung des herrschenden Nothstandes. Weiter verlangen wir ein Arbeitsministerium, entsprechend den vorhandenen Handels- und Landwirtschaftsministerien, die Errichtung eines Arbeitsamtes und von Arbeiterkammern, fortlaufende Arbeitslosen- und Lohnstatistiken. Diese Aufgaben soll das Reichsarbeitsamt erfüllen und es soll ferner die Arbeiterorganisationen schärfen vor den Uebergriffen der Polizei und des Unternehmertums, sowie den ruhigen Ausbau derselben ermöglichen. Der Interpellant gestellte sodann die fortwährenden Verfolgungen und Unterdrückungen der Arbeiterorganisationen durch Polizei und Gerichte, die gegen organisierte Arbeiter gefällten verabschiedeten Hausurteile und er beleuchtete die vielfach systematisch betriebene Veranlagung von ausländischen Vohndräkern, die unter schwindehaften Vorpiegelungen herangeführt werden. So beschäftigt ein am Teutower Kanalbau beteiligter Unternehmer unter 300 Arbeitern nur 80 Deutsche, ein anderer hat unter seinen Arbeitern zwei Drittel Italiener; in der holländischen Textilindustrie werden aus Belgien und Holland Vohndräcker herangezogen. Wir verlangen ferner den gesetzlichen Maximalarbeitszeit und zwar, da auf die Annahme des Achtstundentages jetzt nicht zu rechnen ist, einen solchen von 10 Stunden. Ein Teil der Unternehmer hat ja in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges ohnehin die Arbeitszeit auf 8

und 9 Stunden reduziert; weiter die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises, die sich seit 17 Jahren im „Stadium der Erhebungen und Beratungen“ befindet; die Beschränkung der Frauenarbeit und deren Verbot in gesundheitsgefährlichen Betrieben, überhaupt den weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung. Genosse Zubeil betonte die Pflicht der bürgerlichen Gesellschaft, den arbeitslosen Opfern ihrer Wirtschaftsordnung zu helfen, aber ohne sie gleichzeitig rechtlos zu machen. Er besprach sodann verschiedene von bürgerlicher Seite gemachte Vorschläge zur Unterfütterung der Arbeitslosen und erklärte es als die erste Pflicht der Staatsbetriebe, keine Arbeiter zu entlassen, sondern im Gegenteile durch Verkürzung der Arbeitszeit neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Scharfe Kritik erfuhr auch das Vorgehen der Unternehmer mit Lohnreduktionen, wodurch die Lage der Arbeiter weiter verschlechtert wird. Der Interpellant schloß unter dem Beifall seiner Fraktionsgenossen: „Ich habe Ihnen in kurzen Zügen auseinandergesetzt, in welchem außerordentlichen Nothstand sich viele Kreise der Arbeiterschaft befinden. An Ihnen, an der Regierung und es liegt Ihnen, ob Sie Zustände, wie sie jetzt in Frankfurt a. M. bestehen, überall in Deutschland herbeiführen wollen oder ob Sie für die Zukunft Vorkehrungen zu treffen für Ihre Pflicht halten. Sie haben es in der Macht, das Äußerste zu vermeiden, schnell einzugreifen, schnelle Hilfe zu bringen. Die Verantwortung, wenn es nicht geschieht, tragen nicht wir, sondern diese Verantwortung tragen Sie.“

Die Interpellation beantwortete sofort in einer ebenfalls sehr ausführlichen Rede der Staatssekretär Graf Posadowsky. Einleitend versuchte er eine Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf Grund des amtlichen Materials zu geben, das bekanntlich von niederen und höheren Polizeipräsidien ohne jede Sachkenntnis und mit Ausschluß der Arbeiter gesammelt und wobei die Tendenz verfolgt wurde, die Sachlage so schön als möglich darzustellen und keinen Gedanken an das Vorhandensein eines großen Nothstandes aufkommen zu lassen. Gibt doch der Berliner Polizeipräsident in wahrhaft polizeiwürdiger Weise die Zahl der Arbeitslosen auf 7500 an, während allein in der Metall- und Maschinenindustrie eine viel größere Zahl von beschäftigungslosen Arbeitern vorhanden sein dürfte. Zugabe wird in den preussischen Verichten, daß die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie in stärkstem Maße von der Krise betroffen ist,

Von der heiligen Inquisition.

Der Glaube ist die höchste Förderung aller Religionen. Natürlich ist es jedesmal der „wahre“ Glaube. Die Hauptaufgabe der Priester bestand aus diesem Grunde auch darin, darüber zu wachen (daher „Glaubenswächter“), daß dem Glauben überall genau entsprochen wurde, daß niemand davon abwich. Daß dem Priester bei dieser wichtigen Aufgabe auch entsprechende Befugnisse zu Gebote standen, ist selbstverständlich und war, wie wir sehen werden, auch Thatsache.

Wir lassen alle andern Religionen außer Betracht und bleiben unsrem Glauben, der der christlichen ist, die nach Vorgehen ihrer Vertreter die höchste und einzig richtige und wahre sein soll. Es ist daher auch am gefährlichsten, darin ansonst oder abweichenden Glaubens zu sein. Das „Fachblatt“ mußte es noch kürzlich erfahren, als ihm wegen abweichender Anschauungen in theologischen Sachen von der „Kölner Volkszeitung“ der Kopf zurecht gesteckt wurde. Sicherlich würde das fromme Blatt auch zu inquisitionistischen Maßregeln gegen das „Fachblatt“ übergegangen sein, wenn, ja wenn! Dießem Mann steht im vorliegenden Falle ein Wider entgegen, das ausnahmsweise einmal sehr wertvoll ist, denn es bedeutet nicht nur die Erleuchtung des betreffenden Blattes, sondern auch den Kopf seines Herausgebers.

Witers Herrn I. Zur Zeit der heiligen Inquisition war niemand seines Lebens sicher, der anders oder auch nur abweichenden Glaubens war, wie ihn die Kirche vorschrieb. Diese anderen oder abweichenden Glaubens brauchte er nicht einmal öffentlich, von der Feder weg zu bekennen, daß er einem solchen huldigte, konnte man ihm an der Nase anfehlen, aus seinen Mienen, überhaupt aus seinem Gebahren schließen, und das genügte. Er war dann ein „Ketzer“, der seinem Lebensurteil sicher entgegen sehen konnte.

Die Zeiten der „heiligen“ Inquisition, obwohl längst gang und gäbe, begannen offiziell erst mit den Verfügungen, welche Papst Sixtus III. auf dem Konzil zu Verona 1184 über die gegen die Ketzer zu ergreifenden Maßregeln erließ. Sie fand zunächst Eingang in Frankreich und Spanien, wo sie speziell „zur größeren Ehre Gottes“ ausgedehnt wurde. Ihren eigentlichen Ausgangspunkt und dann auch ihren Mittelpunkt, hatte sie aber im deutschen Volk, das von jeder für allen frommen Linsen und alle „gottgefallige“ Gerechtigkeit („zur größeren Ehre Gottes“) stets zu haben war und deshalb auch als das frommste und gottgefälligste unter den Völkern der Erde galt.

Daß die sogenannten Ketzer und Ketzer zu den Kettern gerechnet wurden ist natürlich. Die Kirche autorisierte auch den betreffenden Aberglauben, indem sie die Inquisition gegen die Ketzer

und Ketzer zu Hilfe rief. Papst Eugen IV. erneuerte 1487 die Inquisition, ihre Pflicht gegen viele zu erfüllen. Im Jahre 1484 erließ dann der fromme Papst Innocenz VIII., der 16 Kinder hatte, die berühmte Bulle, welche die Verfolgung der Ketzer in Deutschland zur heiligen Pflicht machte und dadurch dem Herzog von die kirchliche Pflicht ertheilte. Ingleich setzte er einen Inquisitionsausschuß mit Jakob Sprenger an der Spitze ein, um die Personen, welche sie der Ketzer schuldig fanden, in Haft zu bringen und sie nach Befinden zu strafen. Er beauftragte den Bischof von Strasbourg, die Inquisitionen zu führen und ihnen bei Ausführung ihres Auftrages hilfreiche Hand zu leisten. In jeder Pfarre waren die Einnahmen verpflichtet, alle der Ketzer verdächtigen Personen anzuzeigen. Damit war der lieben Angerebten Tür und Thor geöffnet und daß die Ketzer Inquisitionen nun auch die Hände voll zu thun hatten, ist selbstverständlich. Thatsächlich ließen sie es auch an Elter nicht fehlen. Sie durchzogen Deutschland von einem Ende zum andern, überall jammernde Familien und verbrannte Gebeine hinter sich lassend.

Diese Greuel blieben jedoch weit hinter dem Unheil zurück, das durch die von Jakob Sprenger verfaßte, 1490 von der theologischen Fakultät in Köln approbierte Schrift „Hexenhammer“ (Malleus maleficarum) angerichtet wurde. Sie ist ein Werkbuch der Befolgung und ordnet das gerichtliche Verfahren gegen die Ketzer. Sie zerfällt in drei Teile. Der erste handelt von dem Ketzerwesen im allgemeinen; der zweite beschreibt verschiedene Ketzer und Wirtungen desselben und gibt Mittel an, wie man sich davor schützen und es unschädlich machen könnte; der dritte (Hauptteil) enthält das Gerichtsverfahren, wodurch in 35 Fragen erörtert wird, wie der Prozeß einzuleiten, fortzuführen und wie das Urteil zu sprechen ist. Der Richter durfte auf ein bloßes Gerücht hin, daß es an einem Ort Ketzer gäbe, die Inquisition ins Werk setzen und Ketzer, deren zwei oder drei genügen, auswählen. Selbst Kommuniquierte und Ketzer des Angeklagten waren dabei zulässig. Der Angeklagte mußte sich helfen, seinen Klienten über die Gehälter zu verteilen, wenn er nicht selbst für schuldig gehalten und der Anklageband überliefert werden wollte. Der „Hexenhammer“ wurde durch Bullen von Alexander VI., Julius II., Leo X. und Hadrian VI. auch für die übrigen europäischen Länder als Grundlage des kaiserlichen Rechtes anerkannt.

Die Hexenjustiz folgte sich nun bald zum willkürlichen Fanatismus. Es entstand ein Denunziationssystem der unglaublichen Art. Die Hexenjustiz wurde allgemein. Nur diejenigen waren ihres Lebens sicher, die sich an dem Greuel durch Herzer oder Angerebte beteiligten. Wer sich davon fern hielt, liess sich dadurch den Beweis, daß er ein böses Gewissen habe, und er war Ketzer Augen-

blick über, vor das Hexengericht gestellt zu werden. Hatte jemand einen Feind, so genügte, um ihn aus dem Wege zu räumen, eine einfache Denunziation.

So lagte die Kirche ihre Aufgabe, die ständige Erleuchtung des Volkes zu leisten und zu fördern, auf. Denn ihre Schuld war es, daß das Volk auf eine Stufe der Unwissenheit, Rohheit und Verworfenheit herabsank, wie sie in den schlimmsten Zeiten des Heidentums nicht bekannt, wie sie geradezu beispiellos ist in der Geschichte der Menschheit. Freilich, es geschah „zur größeren Ehre Gottes“. Die blutigen Verurteilungen vom Wogen Gottes hatten doch die das maligen Theologen! Viel besser haben die heutigen Theologen auch nicht, denn sie denken ihr Wort an liebsten als ein Wesen, das an friedlicher Unterwürfigkeit Gefallen hat. Das ist aber nichts als Politik, denn kriechende Unterwürfigkeit beim Volke ist das, was die heutigen Theologen am dringendsten bedürfen.

Der wichtigste Bestandteil des Hexengerichts war die Folter. Sie diente dazu, den Angeklagten das Geständnis zu erzwingen. Die Folterqualen wurden so lange fortgesetzt und in dem Maße gesteigert, bis die armen Opfer, um nur davon befreit zu sein, alles auslieferten, was die Hexenrichter wollten. Freilich waren sie damit nicht gerettet, denn nach erfolgtem Schulgeständnis, daß in der Regel auch den „Bund mit dem Teufel“ enthielt, wurden sie dem Scheiterhaufen überliefert.

Die Folter war bis in die neueste Zeit als Nothmittel in Kraft. Abgeschafft wurde sie zuerst in Preußen im Jahre 1740. Es war eine der ersten Regierungshandlungen Friedrichs des Großen. Dann folgte Baden 1767, Württemberg 1769, Sachsen und Danemark 1770, Österreich 1776, Frankreich 1789 (Folge der Revolution), Rußland 1801, Bayern und Württemberg 1809, Sachsen-Gotha 1823, Hannover 1840. Hexenprozesse gab es im 18. Jahrhundert noch in Menge, in Mexiko sogar noch 1860 und 1873. Ausdrücklich muß übrigens bemerkt werden, daß die protestantische Geistlichkeit nicht minder vom Teufels- und Hexenglauben befangen war als die katholische und daß es in protestantischen Ländern nicht weniger Hexenprozesse gab als in katholischen. An den Teufel glauben die meisten Geistlichen dieser Konfessionen auch heutigen Tages noch. Der Hexenglaube ist in den meisten ländlichen Gegenden noch vielfach im Volke lebendig. Die Bedingungen zu Inquisitionen und Hexenprozessen sind also ebenso wie im Mittelalter, wenn auch nicht in demselben Grade, vorhanden. Was allein fehlt, ist die Macht des Fanatismus, da ihm die politische Entwicklung, die (NB. legistische) Aufklärung, das Sandwerk gelegt haben.

jobann noch die Zement-, Kohlen- und zum Teil auch die Textilindustrie, sowie einzelne Zweige der Bekleidungs-, Papier- und Zigarrenindustrie, die sich in gedrückter Lage befinden. Es handelte sich hier meistens um gelernte Arbeiter, die nur im äußersten Notfalle entlassen werden und zwar hauptsächlich ausländische und ledige. Zahlbarer als die Arbeitslosigkeit sei in einzelnen Bezirken das Sinken der Löhne, die teilweise um 10 bis 15 Proz. heruntergegangen sind! Das amtliche Material aus den anderen Einzelstaaten, das ungefähr auf die gleiche unrichtige und einseitige Art, wie in Preußen, gewonnen wurde, bietet ebenfalls „kein annormales Bild“. Arbeiterentlassungen in erheblichem Umfange hätten nicht stattgefunden und nur in einzelnen Kleinstädten, wie Braunschweig und Coburg-Gotha seien solche zu erwarten, während auf der anderen Seite in Sachsen der Tiefstand erreicht sei — was wir nun freilich nicht glauben. Die besonders industriereichen Bundesstaaten befreiten das Vorhandensein eines Notstandes, was aber nicht gleichbedeutend mit dessen Nichterzissen ist, denn er besteht und besteht weiter. Sehr interessant ist, daß auch in der Landwirtschaft, die doch sonst immer bewegliche Lagen über die „Leutenot“ anzukommen weiß, Arbeiterentlassungen vorgekommen sind. Graf Posadowsky erblickt auch in dem Umfange, daß die jungen Leute immer noch tanzen einen Beweis dafür, daß es nicht so schlimm sei, wie vielfach behauptet werde, was nur erheitend wirken kann. Gleich darauf mußte er aber im Hinblick auf die fortschreitende Verminderung der Zahl der Krankentassenmitglieder eine „gewisse Verschlechterung“ der Lage zugeben und ebenso die Wahrscheinlichkeit weiterer Verschlechterung in den Monaten Januar und Februar anerkennen. Das Reichspostamt, das Reichseisenbahnamt und das Marineamt seien befreit, die ihnen bewilligten Kredite so rasch als möglich zu verbrauchen, um Beschäftigung zu bieten. Die eigentliche Fürsorge für die Arbeitslosen sei aber Sache der Einzelstaaten und der Gemeinden. Nach verschiedenen Anzeigen habe die Krise ihren Tiefstand erreicht und es werde nur aus Spekulation mit Aufträgen zurückgehalten, um die Preise drücken zu können. Die Arbeitslosen-Zählung sei eine sehr schwierige Sache; sie sollte von den Gemeinden vorgenommen werden, aber ohne Mitwirkung der Polizei, der bei uns in Deutschland zu viel zugemutet werde (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sondern unter Zuziehung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gefränkt ist der Staatssekretär, daß die von ihm am statistischen Reichsamt neu errichtete arbeitsstatistische Abteilung von Bebel in seiner Etatsrede nicht anerkannt worden ist. Die Aufgabe dieser neuen Einrichtung sei die fortgesetzte Beobachtung der Verhältnisse der Arbeiter, des Arbeitsmarktes, der Beschäftigungs- und Lohnverhältnisse und die Veröffentlichung des so gewonnenen Materials. Wir werden ja sehen, was hier geleistet werden wird. Es scheint, daß Graf Posadowsky doch ein tiefempfundenes Bedürfnis nach Anerkennung von Seite der Arbeiter hat. Nun, wenn er etwas ganzes und richtiges schafft, Reichsamt und Arbeiterkammern errichtet, den gesetzlichen Zehnhunderttag einführt und überhaupt in ernster Weise die soziale Gesetzgebung fortführt, so kann er unseres aufrichtigen Beifalls sicher sein. Bis jetzt lag zu solchem gegenüber dem 12000. März-Minister und Vater der Zuchthausvorlage wirklich kein Anlaß vor. Bemerkenswert ist die entschiedene Abgabe Posadowskys an die agrarischen Reaktionen in Sachen der von denselben immer wieder geordneten Beschränkung der Freizügigkeit; Posadowsky erklärte jeden solchen Versuch, werde er direkt oder indirekt gemacht, für utopisch, d. h. für undurchführbar. Für noch unabgeklärt hält der Staatssekretär die Frage der Arbeitslosenversicherung, indem man heute noch nicht wisse, ob eine solche überhaupt möglich sei. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung, eine gegenseitige und nützliche Tätigkeit, findet seine Anerkennung — und derselbe Minister wollte vor wenigen Jahren mit seiner Zuchthausvorlage dieselben Gewerkschaften vernichten! Hat er doch in jener Kampagne etwas gelernt und an sozialpolitischem Verständnis ein wenig profitiert? Bei sachverständiger gemeinsamer Arbeit, meinte er am Schluß seiner Rede, darf man hoffen, über die Krise hinwegzukommen.

In der Diskussion über die Interpellation nahmen zahlreiche Redner aller Parteien das Wort, wobei mehrfach das Einverständnis mit mehreren von den Sozialdemokraten aufgestellten Forderungen ausgedrückt wurde, so mit der allgemeinen gesetzlichen Organisation des Arbeitsnachweises, mit der Schaffung eines Reichsarbeitsamtes und von Arbeiterkammern, mit der Arbeitslosenversicherung, mit der Arbeitslosenversicherung, mit der Einführung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages. Die optimistische und schönfärbische Tendenz in den amtlichen Berichten über die Arbeitslosigkeit fand auch seitens mehrerer bürgerlicher Redner die verdiente Kritik, nicht minder die Arbeiterentlassungen und Lohnbrüche seitens der preussischen und sächsischen Staatsisenbahnverwaltungen, die von denselben systematisch betriebene Ueberanstrengung des Personals, dessen Zahl ganz ungenügend ist und worauf die großen Eisenbahnunfälle zurückzuführen sind; auch die Polkolpolitik der den Agrariern mit Gout und Saaren versorgenden Regierung mit ihrem Budgetarist, der zu der Verschärfung der Krise beigetragen, den Abschluß neuer Handelsverträge verunmögliche und so die Aussichten in die Zukunft ganz trostlos gestalte, wurde scharf kritisiert.

So hat die sozialdemokratische Notstandsinterpellation ihren Zweck erreicht. Den bürokratischen und kapitalistischen Verunsicherungs- und Verschönigungsversuchen ist

die Maske heruntergerissen und es ist in offener, rückhaltlos ausgesprochen gezeigt worden, was ist. Die brutalen polizeilichen Ausschreitungen sind vor aller Welt gebraut worden und verdammt worden — namentlich vom Genossen Hoch-Hanau in einer groß angelegten Rede — und es wurde das Gewissen, das Pflichtgefühl der besitzenden und herrschenden Klassen geweckt und geschärft. Man darf hoffen, daß von nun an für die Arbeitslosen mehr geschieht als bisher, und daß endlich mit Ernst an die Fortführung der sozialen Gesetzgebung geschritten wird.

Aus unserm Beruf.

Stettin. In der Filzhutfabrik von Lamprecht sind Differenzen wegen 20prozentigen Lohnzugs entstanden. Sämtlichen Arbeiter wurde gefordert, Zugang ist streng ferngehalten.

Arbeitslose Schuhmacher. In Frankfurt a. M. hat der Vorstandschaftsmitglied Herr Hofmeister für die arbeitslosen Schuhmacher und Schneider eingerichtet. Garbetei wird abends von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. Die Schuhmacher werden nach dem Schuhmachertarif entlohnt, müssen also nach Stück arbeiten, während die Schneider Tagelohn erhalten. Darum nicht auch den Schuhmachern Tagelohn gewährt wird, ist das Schicksal des Notstandsaustrittes, in den Zeitungen war über die Gründe dieser verschiedenen Behandlung nichts zu lesen. So beanstanden wir aber die soziale Auffassung der Arbeitslosigkeit frei, von dem Notstandsaustritts groß in Anordnung, daß neben der Generals für private Fürsorge auch noch das Armenamt die Lebensweise gemeinder Arbeitslosen an die genannten Verhältnisse zu belegen hat. Wozu hier das Armenamt und warum nicht die städtische Arbeitsvermittlung, welche? Nicht erstlich ist aus den Zeitungsberichten, für wen in den neuerrichteten städtischen Verhältnissen die Schuhmacher und Schneider arbeiten sollen, etwa für den Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. oder für Arbeitslose anderer Gerichte? Auch über die Zahl der arbeitslosen Kollegen in der Mainstadt konnten wir nichts erfahren. Die Gesamtzahl der dortigen Arbeitslosen wird auf 1500 angegeben. Mehrere Versammlungen der Arbeitslosen sind von der Polizei in brutaler Weise gepörrt worden, wobei zahlreiche Teilnehmer, darunter auch Frauen, schwer mißhandelt wurden. Sind die Arbeitslosen vogelfrei und erstickt für die vom Rasse bejahende und erhaltende Polizei kein Wort? Es geht noch miserabel und barbarisch aus im sog. „Nichtstun!“ In G o t t a wurden unter 400 völlig arbeitslosen 6 Schuhmacher gezählt, unter den 276 teilweise Arbeitslosen 4. Letztere sind von 3 bis 8 und 9 Stunden täglich — 180 nur 8 Stunden — beschäftigt, ferner ein Teil nur 1/2, 3/4, 1 Tag, andere 1 bis 2 und 3 Tage der Woche. Angesichts dieser empfindlichen Notlage des arbeitenden Volkes hat der Regent in den bedürftigsten großen Hofball aufgegeben und sollen dagegen Mittel zur Unterstüßung der Arbeitslosen gewährt werden. Ein sehr vernünftiger Entschluß.

Arbeitsgemeinschaft für die Schuhindustrie. Der unjensei Ferner bereits bekanntes rheinisches Schuhfabrikantentestoff hat in der ultramontanen „Westfälischen Arbeiterzeitung“ neuerdings die Arbeitsgemeinschaft beipfanden und dabei ausgeführt: „Der Schuhindustrie am Niederrhein kann also nur aufgebolfen werden durch starke Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Und dann müssen beide Organisationen Hand in Hand arbeiten zur energischen Bekämpfung der jetzt bestehenden Mißstände. Diese friedliche praktische Arbeit würde der ganzen Industrie und ihren Abnehmern zum Segen gereichen.“ Die Organisation der Schuhfabrikanten am Niederrhein sollte in erster Linie Sache des Herrn Testoff selbst sein, die Organisation der dortigen Schuhmacher aber wäre die Aufgabe des Vereins rheinischer Schuhmacher, worauf wir schon früher aufmerksam machten. Wozu hat derselbe schon der christliche Arbeiterverband nach Wuppertal, der Werkbunds des Rheinischen Schuhmacher-Vereins, aber größer und härter sein. Vielleicht organisiert der Vorstand in Nürnberg ein planmäßiges Vorgehen am Niederrhein.

Stille Militärschulung. Das preussische Kriegsministerium schlägt in seinem Budget 1903 die Reduktion der in den Schuhmachern und Schneidern z. Verfassungen der Heilungsdämmer beschäftigten Soldaten von 7371 auf 6569 vor und zwar in der Meinung, dadurch eine größere Zahl von Soldaten für den eigentlichen Militärdienst zu erhalten und die leistungsfähigen Plätze durch freie Arbeiter zu ersetzen. So sollen beim Gardekorps 364 Arbeiter bei einem durchschnittlichen Jahresverdienst von 1400 M. und bei dem 6. Armeekorps 237 Arbeiter bei einem Verdienst von 1200 M. eingestellt werden. Es wäre interessant, die Gründe zu erfahren, warum die Arbeit eines Schuhmachers beim 6. Armeekorps um 200 M. pro Jahr weniger Wert haben soll, als beim Gardekorps. Die Erziehung der militärischen Oekonomieverwalter durch Zivilarbeiter dürfte die begründete Folge haben, daß nicht mehr Werte für den Militärdienst tauglich erklärt werden, die tatsächlich untuglich sind und die man dann einfach in die Militärverhältnisse stellt, also gewissermaßen dafür bestraft, daß sie nicht Soldat oder Glasmacher, sondern Schuhmacher oder Schneider sind.

Für Arbeitslosenunterstützung.

Es war wohl zu erwarten, daß bei der diesmaligen Generalversammlung wieder die Frage der Arbeitslosenunterstützung in den Vordergrund treten würde. Ein in Nr. 2 des „Fachsblatt“ erscheinender Artikel des Kollegen Grunow veranlaßt mich ebenfalls, in dieser sehr unstrittigen Frage den Raum unseres Organs in Anspruch zu nehmen. Kollege Grunow wendet sich in seinen Ausführungen, und zwar mit Recht, gegen den Ton der Diskussion, in welcher sich ein Teil der Anhänger der Arbeitslosenunterstützung ausgedrückt beilegt. Die Ausdrucksweise seines Artikels zeigt jedoch davon, daß auch er sich keineswegs von diesem Ton freizulassen vermag; jedenfalls ist auch aus den Worten der Gegner viel in dieser Beziehung gefehlt worden. In der von ihm angegebenen Versammlung konnte er selbst Zeugnis davon sein, wie ein in der Bewegung lebender Kollege, von dem man doch gewiss einen gewissen Grad der Intelligenz und des parlamentarischen Handlungsgefühls voraussetzt, sich nicht scheute, die unumstößlichen Behauptungen aufzustellen und denjenigen Kollegen, welche doch nur die Pflicht erfüllen, ihre Ueberzeugung zum Ausdruck zu bringen, unheimliche Vorwürfe zu unterstellen.

Nun, ich will schon es für eben, der in irgend einer Frage eine bestimmte Meinung hat und diese für die allein richtige hält, ist, daß er objektivs Urteil zu wahren. Was uns allen nicht ignis, ist, daß wir unsbelangen an die Benutzung derartigen Fragen heranziehen, und nicht geben, auch die Gründe der gegenseitigen Ansichten verstehen zu lernen und äußerlich nicht mit klarem Eigensinn an dem festhalten, was man innerlich schon preisgegeben hat.

Das gegenwärtige Verfehren, die Unterstüßung der Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften einzuführen, erklärt sich meiner Ansicht nach aus dem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung und hängt innig zusammen mit anderen in die Erscheinung tretenden Symptomen der allgemeinen Arbeiterbewegung: Bildung von Tarifgemeinschaften, Gründung von Konsumgenossenschaften und dergleichen mehr. Alle diese Bestrebungen haben das eine gemein, daß durch sie bewirkt wird, die gegenwärtige Lage der Arbeiter zu heben. Sicherlich wäre es uns allen erwünscht, wenn wir durch

die Arbeiterbewegung schon weitergehende Forderungen, als wie die Forderung des Achtstundentages, völlig ungeschätzte Koalitionsfreiheit, durchgreifende Reformen auf dem Gebiet der staatlichen Arbeiterversicherung, auch der Arbeitslosenunterstützung, durchgeführt hätten. So, am liebsten wäre es uns allen, wir hätten schon an Stelle der kapitalistischen die sozialistische Gesellschaft setzen können. Der Entwicklungsgang vollzieht sich nicht nach unseren Wünschen, sondern geht seine gewisse Bahn. Es ist ein andauernder harter Kampf, welchen die vorwärtsdringende Arbeiterbewegung zu führen hat und in diesem langamen Vorwärtsschreiten haben wir die solidarische Pflicht, auch und gegenseitig gegen die Auswüchse der anarchischen Mißschicksel nach besten Kräften zu kämpfen, um zu verhindern, daß die davon Betroffenen im äußersten Elend dahinwinken und dadurch für uns als Mitstreiter verloren gehen. Einen leeren Magen füllt man nicht mit dem Hinweis auf ein noch ferntes Ziel und auch der überzeugte idealste Kämpfer bricht zusammen, wenn die grauamliche Not ihn trifft und er von allen Seiten auf keine Hilfe rechnen kann. Die Bewährung der Solidarität auf diesem Gebiete erfordert allerdings von uns neue Opfer in Erhöhung der Beiträge und hier pflegen die Gegner stets einzuflehen mit dem Hinweis, daß die allgemeine Lebenslage der Schuhmacher eine Erhöhung der Beiträge nicht zulasse und deshalb ein bedeutender Rückgang der Mitgliederzahl eintreten würde. Nach meiner Ansicht wird auch dieses Argument zu Unrecht angewendet. Es kommt hier keineswegs auf die Höhe der Beiträge an, sondern auf den Umfang, ob durch die Organisation entsprechend den Beiträgen die Lebensstellung der Kollegen gehoben wird. Die Zahlung eines wöchentlichen Beitrages von 10 Pf. wäre wertlos, wenn die Organisation nicht leitet, während andererseits, wenn durch die Organisation unsere Lebensverhältnisse um wöchentlich 2—3 M. gehoben würden, selbst ein Wochenbeitrag von 1 M. nicht zuviel wäre.

Eine ständige Frage kann nur die sein, ob durch Gewährung einer Arbeitslosenunterstützung auch ein Einfluß auf die Erhaltung und Steigerung der Lohnverhältnisse ausgeübt werden kann und hierbei möchte ich besonders auf einen Punkt aufmerksam machen. Die Organisation hat die Hauptaufgabe, in unsere jetzigen Lebensverhältnisse eine bestimmte Regelung durch Minimaltarife herbeizuführen. Sehr häufig wird auch in einer günstigen Konjunktur durch eine Lohnbewegung dieses erreicht, jedoch pflegt das Erreichte bald wieder verloren zu gehen.

Neben der üblichen Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation liegt die Hauptsache an dem Umstand, daß die Arbeitsvermittlung nicht ausschließlich in unseren Händen zu befinden. Überall, wo es irgend möglich, sollte die Organisation bemächtigt werden, die Arbeitsvermittlung in die Hände zu bekommen und zur Erhaltung derselben die Mitglieder veranlassen, nur den Nachweis der Organisation zu benutzen. In demselben Augenblick, wo wir jedoch die Mitglieder dazu veranlassen, in die Organisation auch verpflichtet, die Mitglieder während der arbeitslosen Zeit zu unterstützen. Ein arbeitsloser Kollege, welcher seine Arbeitskraft nicht unter dem geltenden Tarif verkauft, und dadurch die Lohnverhältnisse nicht herunterdrückt, mußte konsequenter Weise von der Organisation unterstützt werden, aber das ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich. Daß die Lösung dieses Problems nicht allein durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung erreicht, sondern durch die Stärkung der Organisation bedingt wird, ist von vornherein klar, aber wir haben bei jahrelangen niedrigen Beiträgen die Möglichkeit der Kollegen nicht in die Organisation bekommen, so daß wir wohl den Weg versuchen können, höhere Beiträge zu bieten.

Wenn ich auch nicht der Ansicht bin, daß durch Gewährung von Arbeitslosenunterstützung die Fluktuation verhindert wird, weil das Auscheiden erloschungsgegemäß längere Zeit nach dem Eintritt erfolgt, so erwarte ich doch eine innere Festigung der Organisation und ein festes Vorwärtsstreben. Um einer Herberberührung vorzubeugen, kann die Arbeitslosenunterstützung nur dann eingeführt werden, wenn die Mehrheit der Mitglieder sich dafür erklärt und wäre es dringend zu empfehlen, daß die Einführung nur durch eine Uraabstimmung und mit zwei Drittel-Majorität zur Annahme gelangen darf. (Siehe Bestirrer Antrag.)

Zum Schluß will ich noch bemerken, daß die gesamten Unterstüßungsfragen nur als Mittel zum Zweck betrachtet werden können. Unsere Hauptaufgabe wird immer die sein, unsere Mitglieder über die Schädlichkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzuklären, sie zu überzeugen Sozialisten zu ergeben. Kollege Grunow spricht in seinem Artikel von der „Reichschenkung“, die ein Teil der in der Berliner Bewegung stehenden Kollegen unternommen hat. Sollte darunter die Abwendung von den revolutionären Zielen zu verstehen sein, so möchte ich mich persönlich entschieden dagegen verwahren und glaube, auch die übrigen in Betracht kommenden Kollegen gegen diesen Vorwurf in Schutz nehmen zu müssen.

Berlin.

G. Hermann.

Für „Fachsblatt“-Verlegung.

Die Münchener Kollegen stellen auf der Konferenz in Nürnberg folgenden Antrag: „Die Redaktion (sowie Expedition des „Schuhmacher-Fachsblatt“) ist mit der Generalverwaltung an einen Ort zu verlegen. Als Ort wird Nürnberg bestimmt.“ (Begründet wurde dieser Antrag vom Kollegen Neubauer-München.)

Genannter Kollege hat uns in keiner Weise bewiesen, daß das „Fachsblatt“ in sozialpolitischer sowie wirtschaftlicher und fachmännischer Beziehung in Nürnberg auf einem höheren Niveau gestellt werden könnte. Die ganze Begründung betrifft die Publikation fällt in sich schon insofern zusammen, daß wir nicht nur ein Organ für den Vorstand zum publizieren, sondern ein Kampf- und Aufklärungsorgan für die ganze Kollegenchaft geschaffen haben.

Im weiteren muß festgestellt werden, daß Gotha geographisch besser gelegen ist als Nürnberg; somit kann den Mitgliedern mit dem Post-Ein- und Ausgang an dem jetzt bestehenden Ort mehr Rechnung getragen werden wie am letztgenannten. Auch würden die Portoerhöhlungen die gleichen sein wie bisher. Der sollte es bloß um die Veränderung willen sein?

Des weiteren beweise ich, daß es ein Vorteil für die Organisation wäre, betreffende Abänderung vorzunehmen; auch ist es mir unklar, wie der Vorliegende und Redakteur oder Aufsichtsbearbeiter ein und dieselbe Person sein kann, eventuell gewisse Geschäfte der Redaktion zu beaufsichtigen. Das würde gewiss von den meisten Kollegen nicht gebilligt.

Sollten die Antragsteller auf der Generalversammlung auf dieses Ansuchen nicht verzichten, so möchte ich befehlen, daß die Auseinandersetzungen zwischen Vorstand und Kollegenchaft bann wohl aufhören würden. Ich sehe den Fall, daß das „Fachsblatt“ an Inhabt verlieren oder sonstige Mängel aufweisen würde, und es würden Beschwerden gegen die Redaktion oder Vorstand einlaufen, so könnte es vorkommen, daß bei solchen Differenzen vieles im Dunkeln gehalten würde. Kurz und gut, es sprechen nach meiner Ansicht mehr Gründe für eine Verlegung als für eine Zusammenlegung. Das für einen Hauptpunkt des „Schuhmacher-Fachsblatt“ bis jetzt erreicht hat, wissen wir, daß es bei eventueller Verlegung besser wird oder auf diesem Niveau stehen bleibt, ist zweifelhaft. Ich nehme in dieser Frage einen durchaus abweichenden Standpunkt ein und möchte, wenn dieser Antrag auf der Generalversammlung überhaupt zur Abstimmung gelangt, die Delegierten bitten, im Sinne der ganzen Kollegenchaft zu handeln und dieses Ansuchen nach genauer Prüfung zurückzuweisen.

Tutlingen.

Herthold Borch.

